

# „Für viele gilt nicht mehr: Arbeit muss sich lohnen“

## Linke Main-Kinzig: Immer mehr Beschäftigte zu Niedriglöhnen

AS. A3. 07  
MV-Po

**Main-Kinzig-Kreis (hp)** ■ „Die Senkung der Löhne und Gehälter trifft alle gleichermaßen. Ob Mini- oder Midijobs, Teil- oder Vollzeitstellen. Der Grundsatz ‚Arbeit muss sich lohnen‘ gilt für immer mehr Menschen nicht mehr“, meint Ferdinand Hareter, Kreisvorsitzender der Linken Main-Kinzig. Nach deren Berechnungen arbeiteten im Main-Kinzig-Kreis mittlerweile rund 22 000 Menschen für weniger als 7,50 Euro pro Stunde. Das seien 17,7 Prozent aller Beschäftigten, ohne die so genannten Aufstocker, deren Bezahlung so gering ist, dass sie staatliche Leistungen zur Sicherung ihrer Existenz in Anspruch nehmen müssen. In ihren Berechnungen stützen sich die Linken auf Daten der Landesagentur für Arbeit, der Hand-

Böckler-Stiftung und einer wissenschaftlichen Studie. „Angesichts dieser Entwicklung fordert die Linke Main-Kinzig einen gesetzlich garantierten Mindestlohn, um die Lohnsenkungspolitik endlich zu stoppen“, so Hareter.

Laut Hareter seien von den insgesamt 160 131 Beschäftigten im Kreis nur etwa 110 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Niedriglohnbereich schufteten derweil sogar 27 222 Menschen. Bei vielen Arbeitnehmern reiche das Einkommen nicht mehr zum Auskommen. Leiharbeit und Minijobs drückten zusätzlich die Tariflöhne.

Unter jungen Beschäftigten sei Leih- und befristete Arbeit besonders weit verbreitet. Obwohl sie hoch motiviert und gut qualifiziert seien, zählten gerade sie zu den

Verlierern in der globalisierten Arbeitswelt. Es gebe keine Grenze nach unten mehr, so Hareter. Vor allem Frauen arbeiteten für Hungerlöhne. Etwa 63 Prozent der unter 7,50 Euro-Beschäftigten seien Frauen.

Der Aufschwung gehe an den meisten vorbei. Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Öl, Gas, Benzin und Strom verschärften zusätzlich die Haushaltssituation bei den meisten Beschäftigten. Lohndumping auf der einen und steigende Preise auf der anderen Seite hätten dazu geführt, dass die Kaufkraft bei Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen ständig sinke. Von Verteilungsgerechtigkeit könne keine Rede mehr sein. „So wird ein gefährliches gesellschaftliches Klima geschaffen“, so Hareter.